

## Die Rote Macht

*Rupert Graf Kerssenbrock*

Wenn am kommenden Sonntag keine Schwarz-Gelbe Mehrheit zustande kommt, droht Deutschland ein Desaster, das das Land möglicherweise über Jahre hin zeichnen wird:

Rot-Rot-Grün, das Schreckgespenst, das zu Recht heraufbeschworen wird und sicherlich um der Macht willen auch kurzerhand im Bund durchgesetzt wird.

Nun steht die Frage im Raum, mit welchen Konsequenzen konkret bei einer derartigen Machtverschiebung zu rechnen sind? Das diese möglich ist, ist offensichtlich, denn sonst würde der SPD-Spitzenkandidat nicht den Abzug der deutschen Truppen während der nächsten Legislaturperiode befürworten und Lafontaine hätte niemals den Radikalen in seiner Partei, z.B. Sahra Wagenknecht, so deutlich einen Riegel vorgeschoben, um so die „Linke“ salonfähig zu machen

Durchforstet man die Parteiprogramme der Parteien oder überprüft man die erklärten Vorhaben der linken Parteien auf Inhalt, stößt man auf folgende Kernaussagen:

(1) Managergehälter werden auf 500.000Euro im Jahr begrenzt. Zusätzliche Boni sind nicht erlaubt. Die Haftung von Aufsichtsräten und Vorständen wird erhöht.

(2) Der Spitzensteuersatz steigt auf 45%, gilt aber schon von einem zu versteuerndem Einkommen von 60.000 Euro im Jahr an. Das Ehegattensplitting fällt soweit wie möglich weg.

(3) Die Vermögensteuer wird wieder eingeführt.

(4) Der Erbschaftsteuerfreibetrag wird deutlich gesenkt.

(5) Der Ausstieg aus der Kernkraft wird beschleunigt.

(6) Neue Kohlekraftwerke werden nicht gebaut.

(7) Rußland wird strategischer Energiepartner der Bundesrepublik. Der Einstieg russischer Unternehmen in deutsche Versorger wird erleichtert.

(8) Der gesetzliche Mindestlohn wird eingeführt und soll innerhalb der Legislaturperiode von 7,50Euro auf zuletzt 10Euro steigen. Höchstarbeitszeit von max. 40 Stunden die Woche.

(9) Die solidarische Rentenversicherung wird eingeleitet – die Zwangsrente ist beschlossen. Die Rente mit 67 wird abgeschafft

(10) Die solidarische Bürgerversicherung wird eingeführt, eine private Rentenversicherung kann nicht mehr abgeschlossen werden.

(11) Der Zuzug nach Deutschland wird erleichtert.

(12) Die doppelte Staatsbürgerschaft ist möglich. Migrantanteil in öffentlichen Positionen soll gezielt erhöht werden

(13) Durch Quote dürfen öffentliche Ämter, Beamtenstellen und soweit möglich Stellen in der Wirtschaft nur noch Parität von Mann und Frau besetzt werden. Die partielle Diskriminierung von Männern wird bis zur Verwirklichung des Gleichstellungszieles akzeptiert.

(14) Die Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften mit der Ehe wird auf steuerlicher und rechtlicher Seite sowie bei dem Recht Kinder zu adoptieren verwirklicht. Es besteht das „Recht auf Kinder, aber nicht das „Recht“ auf eine normale Kindheit.

(15) Das Strafrecht wird in Bezug auf rechtsextreme Taten deutlich ausgeweitet und verschärft. NPD-Verbotsverfahren wird angestrebt

(16) Jeder Polizeieinheit einer bestimmten Größe wird ein „Demokratieberater“ zur Seite gestellt, der den Innenministerien berichtet.

(17) Der Verfassungsschutz zieht sich aus jeder Beobachtung linksextremer Gruppen zurück soweit diese nicht aktuell gewalttätig ist.

(18) Die Wehrpflicht wird abgeschafft.

(19) Die Gesamtstärke der Bundeswehr wird auf 200.000 reduziert.

(20) Volksentscheide werden auf Bundesebene eingeführt – Günther Jauch wird Kanzler

Betrachtet man nun jeden einzelnen Punkt, so muß die klare Antwort „Nein, das wollen wir nicht!“ lauten. Eine linke Mehrheit wird Sozialismus bedeuten. Die Partei die „Grünen“ werden zum Steigbügel von Lafontaine und verlieren an Konturen. Die SPD wird weiter von den Linken getrieben.

Wer kann ernsthaft für Mindestlöhne, mehr Kündigungsschutz plädieren und gegen Leiharbeit, das Wundermittel in der Krise, wenn dadurch Arbeitsplätze verlorengehen? Wer will die Atomkraft verdammen, wenn sich dadurch der Strompreis verzwanzigfacht, und der Strom stattdessen aus Frankreich und Tschechien stammt? Heißt gute Rentenpolitik, den Ausländeranteil zu erhöhen und den gesellschaftlichen Frieden weiter auszuhöhlen, da jeder Rahmen für Integration entfällt? Hat jeder Mensch das Recht auf Kinder, oder jedes Kind das Recht auf normale Eltern? Wenn eine 60-jährige Frau noch ein Kind bekommt, verurteilt man dies doch auch! Wollen wir wirklich Teile einer plebisitären Demokratie einführen? Hitler war auch sehr beliebt, aber von der Mehrheit der Parteien mit Grund nicht gewollt!

Außerdem zum Thema Glaubwürdigkeit: Verfolgt man Personen wie Oskar Lafontaine, Gerhard Schröder oder Joschka Fischer, so verstärkt sich der Eindruck, daß das Proklamierte nicht für eigene Leben gelten soll. Lafontaine lebt in einer großen Villa, Schröder schließt zwielichtige Geschäfte mit Gazprom ab und Fischer scheffelt Unmenge an Geld mit seiner Beratungsfirma.  
(siehe diesbezüglich: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/874/488272/text/>)

Deutschland braucht stabile Verhältnisse.

Deutschland braucht Schwarz-Gelb, um auf Kurs zu bleiben.

Quellen: Wahlprogramm der **Linken**, Regierungsprogramm der **SPD** und Wahlprogramm der **Grünen**